

Annoncen-Annahme-Bureau:
3. Posten außer in der Expedition dieser Zeitung (Wöchentlich 10.)
bei C. F. Krieger & Co.
Breitenstraße 11.
in Gießen bei A. Spindler,
in Orléans bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Kuhn.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. F. Krieger & Co.,
Hanselmann & Vogler,
Rudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Orléans
beim „Invalidenbank.“

Nr. 695

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Wien 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 5. Oktober
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amliches.

Berlin, 4. Oktober. Der König hat dem General der Kavallerie von Timpling, Kommand. General des VI. Armee-corps, und dem General der Inf. von Kirschbach, Kommand. General des V. Armee-corps, den Schw. Ad. Ord., dem Polizeipräsident von Clausen zu Danzig den R. Ad. Ord. 2. Kl. mit Eisenkruz; dem hies. Gymnasialdirektor Domitius zu Koblenz den R. Ad. Ord. 3. Kl. mit der Schleife, dem kaiserl. russ. Hofrath Waecher, stellvertretenden Generalkonigl. zu Diensten, und dem Oberbetriebs-Inspektor bei der General-Direktion der Großherz. bad. Staatseisenbahnen, von Dabau zu Constanz, den 1. Kr. Ord. 3. Kl. verliehen.

Der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von dem Direktorium der Kirche ausgeh. Konfession zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Pfarrverwalters Albert Hoffmann in Niedersteinbach zum Pfarrer in Edersheim, Bez. Unter-Elßaß, bestätigt.

Der Gymnasiallehrer Eduard Vogt in Neuch ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Düsseldorf berufen, der ord. Lehrer Dr. Gerhard Bering am Gymnasium in Neuch zum Oberlehrer befördert worden; ebenso der Lehrer Ferner zum Oberlehrer am k. k. Gymnasium zu Reiffe; der ord. Lehrer Dr. Oscar Hubatsch an der Realschule zu Posen als Oberlehrer an das Gymnasium in Trarbach berufen, und die Wahl des Gymnasiallehrers Dr. Wirtel in Montabaur zum Rektor der höheren Bürgerschule in Oberbachheim bestätigt, am evang. Schullehrerseminar zu Bromberg der Hilfslehrer Menge zum ord. Lehrer befördert, am evang. Hilfsseminar zu Gungl der gegenwärtig am Seminar zu Drumburg beschäftigte Lehrer Wiele, und am evang. Schullehrerseminar zu Br. Friedland der Lehrer Brodskinski zu Gungl als Hilfslehrer angeheftelt worden.

Der hies. Kreisrichter Koch ist als etatsmäßiger Militär-Intendant bei der Intendantur IX. Armee-corps angeheftelt, und der Intendant-Ref. Kubisch vom III. Armee-corps unter Ueberweisung zur Intendantur XI. Armee-corps zum etatsmäßigen Militär-Intendant. Ass. ernannt worden.

Die Durchführung der Münzreform.

Der bereits im Auszug telegraphirte Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ über den gegenwärtigen Stand der Münzreform lautet vollständig:

Seit Anfang Juli, seit dem Zeitpunkte, von welchem ab die Bankinstitute ihre Noten unter 50 M. nicht mehr ausgeben dürfen, hat die Durchführung der Münzreform die erfreulichsten Fortschritte gemacht. Selbstverständlich hat die im Monate Juli er. in größerem Umfange eingetretene Verminderung des Umlaufes an Banknoten auf die Umgestaltung der Wechselkurse günstig eingewirkt, und seitdem diese erfolgt ist, sind Tag für Tag sowohl seitens der Staatsschatzkasse als seitens der Banken beträchtliche Summen an Reichsgeldmünzen in den Verkehr gebracht worden, der dieselben festhalten konnte, weil die Ausfuhr der Goldmünzen nach dem Auslande nur Schaden gebracht hätte, aber auch festhalten mußte, weil ihm das bequeme Zahlungsmittel der kleinen Banknoten mehr und mehr entzogen und hinsichtlich der größeren Notenabschnitte die Erkenntnis mehr und mehr verbreitet wurde, daß die Zahlungsanweisungen auf Goldmünzen sind, daß es den Banken obliegt, für die prompte Einlösung dieser Zahlungsanweisungen einzustehen. Ende Juni beliefen sich die im Umlauf befindlichen Banknoten auf 1304073214 M., sie nahmen im Monate Juli um 92507444 M., im Monate August um 83195493 M., in beiden Monaten zusammen um 175702937 M. ab. Insbesondere haben die Noten unter 100 M. in diesen beiden Monaten sich um 147229408 M. vermindert und waren davon Ende August überhaupt nur noch 170028406 M. im Umlauf. Dabei ist beachtenswerth, daß das Einziehen der Banknoten unter 50 M., wie in dem ersten Semester laufenden Jahres, so auch in den Monaten Juli und August nur sehr allmählich erfolgt ist, sie haben sich in den 6 Monaten vom 1. Januar bis 30. Juni er. um 118 Mill. M. oder durchschnittlich pro Monat um nahezu 20 Mill., und in den beiden Monaten Juli und August um etwas über 43 Mill., also monatlich um 21 1/2 Mill. M. vermindert. Die Vangsamkeit, mit welcher die Notenabschnitte um 50 M. aus dem Verkehr verschwinden, mag zum Theil darauf beruhen, daß die betreffenden Bankinstitute möglichst lange den unbeschränkten Genuß des durch solche Noten repräsentirten Geldbetrages sich zu erhalten wünschen und daher alle Maßregeln unterlassen, welche die rasche Einlösung befördern könnten, sie liegt aber auch an der Theilnahmlosigkeit des Publikums, welches zwar lange Jahre hindurch über die „wilden Scheine“ die lebhaftesten Klagen führte, aber anscheinend sich wenig bemüht, diesem Zustande ein rasches Ende zu machen, nicht minder aber wirkt darauf der Umstand ein, daß die kleinen Banknoten die Funktion des Metallgeldes übernehmen und daß sie noch heute in ausgedehntem Umfange sich in dem Besitze von Personen befinden können, die von der Aenderung der Gesetzgebung keine gehörige Kenntnis erlangt haben.

Ganz anders ist der Gang bei Einziehung der Noten zwischen 50 und 100 M. gewesen. Diese haben sich im ersten Semester dieses Jahres um 104 Millionen M., im Durchschnitt monatlich nur um etwas über 17 Millionen vermindert, sie haben dagegen in den beiden Monaten Juli und August ebenfalls um 104000000 d. i. monatlich um 52 Millionen M. abgenommen. Wenn bei beiden Notenkategorien im Monate September die Einziehung denselben Umfang wie in den Monaten Juli und August erreicht haben sollte, so würden derzeit an Noten unter 50 M. etwa noch 75 Millionen, von den Noten zwischen 50 und 100 M. nur noch 22 Millionen Mark und an Noten unter 100 M. überhaupt weniger als 100 Millionen sich im Umlauf befinden. Mag nun die Einziehung im Monate September in demselben Umfange oder schwächer oder stärker vorgeschritten sein, jedenfalls ist die Einziehung der Noten unter 100 M. zum bei weitem größten Theile bereits beendet, von den Ende Dezember 539593372 M. waren schon Ende August mehr als 1/2 und sind bis jetzt wahrscheinlich mehr als 1/3, vielleicht mehr als 1/2 eingezogen.

Obgleich vom 1. Januar bis Ende Juni i. J. der Umlauf der Banknoten unter 100 M. sich um 222 Millionen M. verminderte, hat sich der Notenumsatz überhaupt während dieser Zeit nur um 21 Mill. M. vermindert, indem gleichzeitig der Umlauf an Banknoten unter 100 M. und darüber um 201 Millionen M. zunahm. Seitdem aber die Preussische Hauptbank mit Silbergeld einzulösen, nach dem eingetragenen Umlaufe in den Wechselkursen verfallen und mit größter Bequemlichkeit in Goldmünzen gewechselt hat, seitdem nicht minder die Staatsschatzkasse ihre Zahlungen, soweit die Empfänger dies wünschen, in Goldmünzen leistet, ist nun auch die Verminderung des Banknotenumsatzes in erheblichem Umfange eingetreten, und zwar hat sich der Notenumsatz in dem ersten halben Jahre nur um 21, in den Monaten Juli und August dagegen um 176 Millionen M. verringert.

Diese Verringerung darf keinerlei Bedenken hervorrufen, sie ist das im Voraus erkannte und beabsichtigte Resultat des Ueberganges zur Goldwährung und der im Artikel 18 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 getroffenen Bestimmung. Auf die Verminderung des Notenumsatzes haben sich alle Banken im Voraus einrichten müssen, und es ist kaum zu bezweifeln, daß sie dies auch wirklich gethan haben. Die im „Zentralblatt für das Deutsche Reich“ vom 17. September c. veröffentlichte Uebersicht läßt übersehen, welchen Bankinstituten die Einziehung der damals noch im Umlauf befindlichen 170 Millionen M. obliegt, dieselbe mag einzelnen Bankinstituten sehr schwer fallen, die Preussische Bank war dabei Ende August nur noch mit dem relativ geringen und seitdem noch verringerten Betrage von 14126000 Thlr. = 4237800 M. beteiligt, dessen Realisation mit der größten Leichtigkeit bewerkstelligt werden kann. Sollte die Preussische Bank an Notenabschnitten von 100 M. und darüber mehr Noten im Umlauf haben, als der Verkehr bedarf, so wird selbstverständlich der etwa über den Bedarf hinausgehende Betrag noch durch Goldmünzen zu ersetzen sein.

Der „Börse-Cour.“ brachte neulich die Senationsnachricht, daß die Stellung des Finanzministers Camphausen vor einer Woche wiederum in bedenklicher Weise in Frage gestanden habe, ja daß der Reichskanzler sogar persönlich für seinen Kollegen eingetreten sei, worauf schließlich die Prinzipien desselben nochmals den Sieg davon getragen hätten. Daraus wird anscheinend offiziell Folgendes ermittelt:

Die ganze Nachricht ist, wie in hiesigen wohlunterrichteten Kreisen berichtet wird, ein Phantasiegebilde und nichts anderes, als der Ausdruck des Mißverständnisses, mit dem ein großer Theil der Börse die Finanzpolitik Camphausens verfolgt. Die Verdrößerung der kaiserlichen Verordnung über die Einführung der Goldwährung, welche das erwähnte Blatt als Symptom jener Krise betrachtet, hat in Wirklichkeit gar nicht stattgefunden, vielmehr ist die betreffende Ordre ganz in der gewöhnlichen Form und ohne jegliche anderweitige Interpolation vom Kaiser vollzogen worden. Während nun der Reichskanzler von der in Rede stehenden Seite als Protektor der Camphausenschen Finanzpolitik dargestellt wird, bemüht man sich von der andern, ihn als Gegner derselben zu schildern, und zwar speziell in der auf der Tagesordnung stehenden Eisenkruzfrage. Auch diese Version findet hier, trotz der Bestimmtheit, mit welcher sie in verschiedenen auswärtigen Blättern auftritt, keinen Glauben. Nach wie vor herrscht vielmehr hier die Ueberzeugung vor, daß Reichsregierung und Bundesrath nicht über die Zugeständnisse gehen werden, die sie vor zwei Jahren über ihre ursprüngliche Vorlage hinaus an die Schuldner machten, und daß letztere demzufolge von dieser Seite nicht auf eine Begünstigung ihrer Pläne zu rechnen haben. Noch weniger Aussicht bietet ihnen der Reichstag. Nach wiederholten Informationen hervorragender Abgeordneter glauben wir nämlich versichern zu können, daß, wenn auch über die vorliegende wirtschaftliche Frage unter den Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen Meinungsverschiedenheiten herrschen, die Mehrheit des Reichstages eine Beibehaltung der Eisenkruz über den vor zwei Jahren vereinbarten Zeitpunkt hinaus nicht genehmigen wird. Daß die Reichsregierung trotz dieser günstigen Aussichten wohl thun werden, ihre ohnehin spät genug begonnene Agitation wider das Vorgehen der Gegner nicht einschlummern zu lassen, bedarf wohl kaum einer Bemerkung.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 4. Oktober.

Die telegraphische Meldung, daß der Prozeß Arni vor dem Obertribunal am 20. d. verhandelt werden soll, ist dahin zu ergänzen, daß sich übereinstimmende Meldungen zufolge mit dieser Sache die erste Abtheilung des Ober-Tribunals-Senats für Strafsachen unter dem Vorsitz des Wirklichen Geheimen Raths, Präsident von Angersleben befassen wird. Der Angeklagte wird, soviel bis jetzt darüber feststeht, ausschließlich vom Geh. Justizrath Dorn vertreten sein.

Die von der Reichs-Justiz-Kommission eingesetzte Subkommission zur Vorberathung der Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozeßordnung, betreffend die Handelsgerichte, nahm bei ihrer Berathung zur Grundlage die Annahme, daß der Reichstag sich für Aufrechterhaltung der Handelsgerichte erklären sollte, und debattirte daher nicht mehr die Frage der Nothwendigkeit derselben. § 1. des Entwurfs wurde gebilligt. Hiernach bleibt es der Landesjustizverwaltung überlassen, für örtlich abgegrenzte Bezirke Handelsgerichte, wenn ein Bedürfnis sich herausstellen sollte, zu errichten. Auch dahin trat die Subkommission dem Entwurfe bei, daß die Handelsgerichte mit rechtsverständigen Richtern und mit Handelsrichtern besetzt werden sollten. Die Besetzung der Handelsgerichte nach französischem Vorgange nur mit Kaufleuten wurde von keiner Seite befürwortet. Der Entwurf hatte außer einem Mitgliede des Landesgerichtes auch den Amtsrichter als den zulässigen Vorsitzenden der Handelsgerichte in Aussicht genommen; die Subkommission beschloß, nur wenn das Landesgericht nicht am Orte sein sollte, den Amtsrichter zum rechtsverständigen Handelsrichter zuzulassen. In Beziehung auf die Kompetenz wurde auf Antrag des Abgeordneten Dr. Grimm der wichtige Grundsat, abweichend vom Entwurfe, angenommen, daß alle Sachen, welche zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehören, also insbesondere die Bagatellsachen, nicht zur Kompetenz der Handelsgerichte gehören sollten, weil angenommen wurde, daß diese Prozesse ihrer Natur nach nicht einen größeren Kostenaufwand bedürfen, und sie allen übrigen Bagatellsachen, welche durch einen Richter abgeurtheilt würden, gleichzustellen seien. Endlich erfuhr der Entwurf auch noch eine wichtige, die Kompetenz der Handelsgerichte einschränkende Abänderung, daß Streitigkeiten nur unter Kaufleuten aus ihren Handelsgeschäften zur Zuständigkeit der Handelsgerichte gehören sollen. Hiermit sind die Nichtkaufleute sowohl als Kläger als auch als Beklagte der Zuständigkeit der Handelsgerichte entzogen.

Der wie gemeldet dem Bundesrath nun vorgelegte Gesetzentwurf auf Abänderung, bezw. Ergänzung des Strafgesetzbuchs ist ein ungemein umfangreiches Schriftstück. Der Entwurf zerfällt in 4 Artikel. Im ersten werden nicht mehr und nicht weniger

als 51 Paragraphen des Strafgesetzbuchs durch neue Bestimmungen ersetzt. Dieselben betreffen u. A. den Fall D u c h e s n e, Maßregeln bei Vergehen und Verbrechen von Kindern unter 12 Jahren, Aufhebung der Antragsvergehen, den sogenannten Ranzelparagraphen, die bewusste Verbreitung erdichteter, resp. erfälschter Thatsachen, die Körperverletzungen, die Verlesung der Wehrdienst-Verpflichtung u. s. f. Als neues Moment erscheint neben der Strafe die Leistung von Friedensbürgschaft gegen die Wiederkehr eines Vergehens und Verbrechens u. Art. 2 fügt zu 11 anderen Paragraphen Zusatzparagraphen, welche mit A., B., C. bezeichnet sind. Hierbei ist die Straftat der Friedensbürgschaftsleistung näher präzisirt und u. a. eine Bestimmung gegen fahrlässige oder dolose Beamte im Dienste des auswärtigen Amtes aufgenommen. Bestimmt wird auch, daß mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft werde, wer sich zum Geschäft macht, Deutsche zur Auswanderung zu verleiten. Art. 3 und 4 ordnen nur Formelles. Schon aus dieser nur die hervorstechendsten Punkte bezeichnenden Angabe ist zu entnehmen, daß diese Vorlage den Brennpunkt der Reichstagsession bilden wird. Daher scheint es auch wenig wahrscheinlich, daß die Session, welche im letzten Drittel des Oktober (von einigen Seiten wird der 22. Oktober als Tag der Eröffnung genannt) beginnt, in der letzten Dezemberwoche sollte geschlossen werden können. Ueber andere an den Bundesrath gelangte Vorlagen berichtet die „Nat. Ztg.“ Folgendes:

Das M u s e r s c h u s g e s e t z zerfällt in drei getrennte Entwürfe, von denen bis jetzt nur der über den Schutz von Photographien mit Motiven versehen ist. Der Entwurf über das Urheberrecht an Kunstwerken (19 Paragraphen) zerfällt in 4 Abschnitte: 1) Ausschließliches Recht des Urheberrechts an Werken bildender Künste (wozu die Baukunst im Sinne dieses Gesetzes nicht gerechnet wird), 2) Dauer des Urheberrechts, 3) Entschädigung und Strafen und 4) Allgemeine Bestimmungen. Das Urheberrecht ist danach vererblich oder auch auf Andere übertragbar. Jede Nachbildung von Kunstwerken ohne Genehmigung des Berechtigten ist verboten. Der Schutz gegen Nachbildung wird für Lebensdauer des Urhebers und 30 Jahre nach seinem Tode gewährt. Vereine von Sachverständigen, gebildet aus Künstlern verschiedener Kunstzweige, Kunsthandwerkern, Kunstgewerbetreibenden und Kunstverständigen sollen Gutachten darüber abgeben, ob eine Nachbildung von Kunstwerken vorliegt. Der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist offen gehalten, mit demselben werden ähnliche Gesetze, die in den Einzelstaaten bestehen, aufgehoben. Die Ertheilung von Privilegien zum Schutze des Urheberrechts ist nicht mehr zulässig. Den Inhabern solcher Privilegien ist es freigestellt, davon Gebrauch zu machen und den Schutz des Gesetzes in Rede anzurufen. Das Gesetz findet auch auf solche Kunstwerke deutscher Künstler, welche im Auslande erschienen, Anwendung und schließt gleichfalls die Werke ausländischer Künstler, welche in Deutschland erschienen. — Der Entwurf über Urheberrecht an M u s e r n und M o d e l l e n umfaßt 16 Paragraphen und folgt denselben Grundzügen: Nachbildeverbot eines Modells oder Modells hat ausschließlich der Urheber oder die industrielle gewerbliche Anstalt, oder der Eigentümer, welcher zur Anfertigung Auftrag gegeben. Das Urheberrecht ist erblich und übertragbar. Der Schutz wird auf 5 Jahre gewährt, und kann 15 Jahre ausgedehnt werden, jedoch nur dann, wenn die Eintragung in ein besonderes anzulegendes Musterregister erfolgt; dasselbe wird von den mit Führung der Handelsregister beauftragten Gerichtsbehörden geführt und kann von Jedermann eingesehen werden. Jede Eintragung kostet 10 Mark, jeder Schein oder Auszug aus dem Musterregister 1 Mark. Bei einer über 5 Jahre verläufigen Schutzfrist wird für jedes weitere Jahr 1 Mark für jedes Muster oder Modell entrichtet. Gutachten werden gleichfalls von Sachverständigen-Vereinen gegeben. — Das Gesetz über Schutz der Photographien umfaßt 11 Paragraphen. Das Recht der Nachbildung eines durch Photographie hergestellten Werkes steht dessen Verfertiger zu. Photographien, welche bereits gegen Nachdruck geschützt sind, fallen nicht unter das Gesetz. Der Schutz wird auf 5 Jahre gewährt, das Urheberrecht ist erblich und übertragbar. Im Uebrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über Urheberrecht an Schriftwerken, auch für alle drei jetzt erwähnten Gesetze. Auch hier sind Sachverständigen-Vereine für Abgabe von Gutachten niedergelegt. Das Gesetz findet auch auf solche Werke Anwendung, welche durch ein der Photographie ähnliches Verfahren hergestellt werden. Es hat keine rückwirkende Kraft.

Breslau, 2. Oktober. Die „Schlesische Volkszeitung“ will versichern können, daß der Fürst Bischof weder direkt noch indirekt zu dem qu. Pro memoria in Beziehung steht. Das Pro memoria sei ein reines Privatunternehmen von einigen wohlwollenden katholischen Männern. (Alo wohl in Vertretung entworfen?)

Moskau, 1. Oktober. Die Versammlung deutscher Philologen hatte gestern, wie unsern Lesern bekannt, Begrüßungstelegramme an den Großherzog und den Reichskanzler Fürsten von Bismarck abgefaßt. Hierauf sind derselben folgende Antworten zugegangen:

Schwerin, den 30. September, 3 Uhr 25 Minuten. Prof. Krüger, Moskau. Bin sehr dankbar für den mir überlieferten Gruß. Wünsche der Versammlung frohliches Gedeihen. Bedauere, Ihren Sitzungen nicht persönlich beizuwohnen zu können. Großherzog.

Varzin, den 30. September, 12 Uhr 40 Minuten. An das Präsidium der Versammlung deutscher Schulmänner. Moskau. Für Ihren freundlichen Gruß herzlich dankend, vertraue ich auf fernere erfolgreiche Wirken der deutschen Schule in ihrer Pflege deutscher Gesinnung. v. Bismarck.

Straßburg, 29. September. Wie jetzt bekannt wird, hat auch der Bezirkstag des Unter-Elßasses in seiner Sitzung vom 20. September folgenden Antrag des Barons v. Bulach einstimmig angenommen:

„Dem Bezirkstag gereicht es zur Befriedigung, zu konstatiren, daß durch die Errichtung des Landes Ausschusses die Regierung theilweise einem vorigen Jahr und von dem ganzen Bezirkstage angenommenen Wünsche entsprochen hat. Der Landes-Ausschuß wurde beauftragt, das Budget unserer Provinz zu prüfen, und hatte so Gelegenheit, der Regierung die Bedürfnisse des Landes vor Augen zu stellen. Die Arbeiten dieser Versammlung, deren Bemühungen die Regierung selbst Gerechtigkeit widerfahren ließ, lassen uns hoffen, daß in der aller-

nächsten Zeit es möglich sein wird, der Provinz Elſaß-Lothringen einen provinziellen Landtag und eine eigene Verfaſſung zu geben. Durch den Reichthum ſeines Bodens und durch ſeine Induſtrie nimmt Elſaß-Lothringen einen bedeutenden Platz in Europa ein, größer noch als die Ausdehnung ſeines Territoriums, und verdient es, direkteren Antheil zu nehmen an der Verwaltung ſeiner eigenen Geſchäfte. Zwiſchen Deutschland, Frankreich und der Schweiz gelegen, trachtet unſere Provinz, aus dieſer tranſitorischen Ausnahmestellung herauszutreten. Darum, obſchon wir anerkennen, was die Regierung ſchon gethan hat, ſprechen wir den Wunſch aus, daß ſobald als möglich Elſaß-Lothringen einen Provinzial-Landtag und eine eigene Verfaſſung erhalte."

Paris, 1. Oktober. Die Rede Leon Say's kam im Miniſterrath, der heute Nachmittag im Elyſée ſtattſand, zur Sprache. Der Vice-Präſident verweigerte der Rede Say's die Aufnahme ins offizielle Blatt wegen folgender zwei Stellen: 1. „Am 25. Februar 1871 ſich die alte Majorität der National-Verſammlung glücklicher Weiſe und eingeſtellt auf, und eine neue Majorität bildete ſich, um das Land aus dem Proviſorium herauszubringen.“ 2. „Herr Thiers ſiel, indem er die Dankbarkeit des Volkes mit ſich nahm.“ Buffet traf heute früh, Duſſure ſchon geſtern in Paris ein. Buffet hatte ſofort eine Unterredung mit Duſſure und Beide konſultirten ſodann mit dem Marſchall. Buffet ſprach außerdem Meaux und Decazes. Der offizielle „Moniteur“ will wiſſen, daß der Konflikt beigelegt ſei. Er ſchreibt: „Buffet hatte vor Bildung des Kabinetes ſeinen zukünftigen Kollegen erklärt, daß er nicht mit allen Elementen der Majorität vom 25. Februar regieren wolle; ſeitdem wiederholte er dieſe Erklärung auf der Tribüne und er ſühlte ſich deshalb durch die Erklärung Leon Say's verlegt, daß die Majorität vom 24. Mai aufgelöst und die Regierung mit der Majorität vom 25. Februar gehen wolle, welche Behauptung anzudeuten ſcheine, daß zwiſchen ihm und dem Finanzminiſter keine Uebereinkunft beſtehe. Daraus entſprang der Zwischenfall. Wenn die einlaufenden Nachrichten begründet ſind, ſo iſt das Einverſtändniß wieder hergeſtellt, da Leon Say erklärt haben ſoll, er habe keineswegs feſtſtellen wollen, daß ein Streit zwiſchen ihm und Buffet Betriß der Regierungspolitik beſtehe. — Die Anfrage, welche der Marquis de Bloec, Gouverneur der Bank, geſtern an die Miniſter richtete, ob es nicht möglich ſei, die Verbreiter oder Erfinder alarmirender Depeschen gerichtlich zu verfolgen, wird als ein Zeichen angeſehen, daß die hohen Finanzkreiſe durch die Lage der Dinge im Orient nicht erſtlich beunruhigt ſind. Ueberhaupt hat die öffentliche Meinung, die ſich noch im letzten Frühjahr ſo nervös zeigte, merklich an Ruhe gewonnen, und in Erwägung deſſen, daß in der letzten Zeit ſo ſehr viel über die Serben gelogen worden iſt, wartet man das Weitere über die vom Telegraphen gemeldete Miniſterkriſis zu Belgrad mit verhältnißmäßigem Gleichmuth ab. Die Börſe reagirte heute mit einer nicht unbedeutenden Hauffe gegen ihre geſtrige Gedrücktheit.

— Die katholiſche Univerſität in Lille hat eben der Stadt einen Theil des Hoſpitals St. Eugénie für 140000 Frs. abgekauft, um daraus eine Klinik zu ihrem Gebrauch zu machen: die von Lyon zeigt an, daß Meldungen zu ihren Vorleſungen vom 1. November ab angenommen werden; ſie meldet aber auch gleichzeitig, daß man für 5000 Frs. zum „Gründer“ der Univerſität Lyon ernannt werden kann, und Aehnliches mehr. — Wie ein Morgenblatt meldet, erreicht die Subſkription für die katholiſche Univerſität von Paris erſt die winzige Summe von 50000 Frs. Die Verwaltung der verſchiedenen öffentlichen Bibliotheken von Paris hat die Anzahl der in jeder derſelben aufbewahrten Bücher feſtgeſtellt. Die Nationalbibliothek beſitzt 170000 Bände gedruckter Bücher, 80000 Manuſkripte, 100000 Kupferſtiche und Karten und 120000 Münzen. Die geſammte Bibliothek des Arſenals: 20000 Bände, 8000 Manuſkripte. Die Bibliothek der Sorbonne: 80000 Bände. Die Bibliothek der Mediziniſchen Schule: 35000 Bände. Die Bibliothek Mazarin: 200000 Bände, 4000 Manuſkripte, 800 Modelle der pelagiſchen Denkmäler Italiens, Griechenlands und Kleaſiens. Die Bibliothek Sainte-Généviève: 160,000 Bände, 35000 Manuſkripte.

Paris, 2. Oktober. Wie vorausgeſehen, iſt die miniſterielle Kriſis durch gegenseitige Konzeſſionen beſeitigt, indeſſen nimmt das Schreiben des Herrn Leon Say von dem in ſeiner Rede Ausgesprochenen nichts zurück. Es ſcheint also nicht, daß die Eintheiligkeit im Miniſterium nach dieſer neuen Reibung ſehr beſteigt worden ſei. Die Haltung des Herrn Duſſure glebt zu widerſprechenden Auffaſſungen Anlaß. In konſervativen Kreiſen behauptet man, er habe ſich auf Seite Buffet's geſtellt, in liberalen, er habe zu Say gehalten. Die Wahrheit ſcheint auf Seite der letzteren zu liegen, aber er iſt gleichzeitig der Unterhändler für den Ausgleich geweſen und hat die Anſichten Buffet's mit Wohlwollen aufgenommen. Im Ganzen wird wohl die Gruppe des Kabinetes, welche die Herren Say, Duſſure, Decazes und Wallon bilden, in ihrer alten Stellung bleiben. — Ueber die Vorgänge der letzten Tage, bezüglich der Leon Say'schen Rede, vernimmt die „R. Z.“ folgendes Nähere:

Nachdem Leon Say von der Weigerung Buffet's, ſeine Rede im officiellen Blatte zu veröffentlichen, Kenntnis erhalten, begab er ſich zu Mac Mahon in der Abſicht, ſeine Entlaſſung einzureichen. Mac Mahon empfing Say auf ſehr freundliche Weiſe und trat durchaus konſtitutionell auf; er ſagte, er bedauere tief dieſen ihm unerklärlichen Konflikt, der zwiſchen Perſonen, die von guten Abſichten beſeelt ſeien, in zehn Minuten beigelegt werden könne; er habe deshalb alle Miniſter für den Freitag zu einer Verathung ſammenberufen und hege die feſte Hoffnung, daß dieſe Verathung die kleine Wolke verſuchen werde; er müſſe nothwendig erſt die Erklärungen des Herrn Buffet anhören, um die Beweggründe zu begreifen, welche ihn zu ſeiner Handlungsweiſe beſtimmten. Der Marſchall fügte hinzu, daß eine Miniſterkriſis beſagendwerth ſein würde, weil man vor dem Zutritt der Kammer kein neues Kabinet bilden könne. Der Marſchall wurde zu dieſer Aeußerung durch Nothſchick beſtimmt, mit dem er eine Unterredung hatte und der ihm darthut, daß eine Kabinetkriſis die bedauerlichſten Folgen für den öffentlichen Kredit haben würde. Nach ſeiner Rückkehr nach Paris ſetzte Buffet ſich merkt ſehr ſtark und drohte mit ſeinem Rücktritt, ſpäter aber lenkte er ein, als Mac Mahon ſich gegen ihn erklärte und außer de Meaux keiner der anderen Miniſter auf ſeiner Seite ſtand. Vor dem Miniſterrath fand eine Zuſammenkunft zwiſchen Mac Mahon, Buffet, Duſſure und Leon Say ſtatt, in der die Sache vorläufig geregelt wurde. Buffet gab als Grund ſeiner Weigerung der Veröffentlichung von Say's Rede an, daß er befürchtet habe, die Stelle über die Majorität vom 24. Mai werde die ſchon ohnedies gereizte Rechte, die ſeine Rede in Dompair ſowohl für ſonſtationell gehalten, noch mehr aufbringen, worauf man denn beſchloß, daß Leon Say ſeine Rede mit einem Schreiben veröffentlichen, worin er dieſelbe näher erkläre. Die Debatte im Miniſterrath ſelbſt gingen nach dieſen Vorgängen glatt ab. Die „République Française“ theilt mit, daß Buffet in der hochſchönen Weiſe ſeine Entlaſſung eingeſchrieben habe, weil er geglaubt, er ſei vollſtändig Herr der Lage; da er nun mit ſeinem Willen nicht durchgedrungen, ſei ſeine Stellung bedeutend geſchwächt. Dieſes Blatt ſpendet Mac Mahon, deſſen Stellung und Anſehen im Lande täglich

größer werde, und Duſſure, der geſtern den erſten Rang unter den Rathgebern eingenommen, großes Lob wegen ihres Auftretens während der Kriſis.

Der „Moniteur“ ſchreibt über die Kriſis:

„Herr Buffet, welcher die Laſt und die Verantwortlichkeit der inneren Politik faſt allein auf ſeinen Schultern trägt, wollte nicht zuſaſſen, daß einer ſeiner Amtsgenossen, ohne ihn vorher in Kenntniß zu ſetzen, und auf eigene Hand durch eine öffentliche Rede das Verhalten des Kabinetes engagiren könnte. Er fügt hinzu, daß die Beſprechungen der republikaniſchen Preſſe ihm eine unklare Lage ſchufen. Leon Say andererseits konnte nicht gleichgiltig bleiben bei den bonapartiſtiſchen Seitenbemerkungen, zu denen die von Buffet zu Dompair gehaltene Rede Veranlaſſung gegeben hatte und die den bekannten Ausſpruch Buffet's über die Politik, die ohne revolutionär zu ſein, zur Revolution führe, auf das linke Centrum allein anzuwenden wollten. Dieſe Meinungsverschiedenheiten, die von den Zeitungen ſtark übertrieben wurden, veranlaßten die außerordentliche Miniſterſitzung. Von Anfang an war man in dieſer darüber einverſtanden, daß Leon Say's Rede anſtandlos in dem „Journal Officiel“ abgedruckt werden könne, wenn einzelne Erklärungen den wahren Sinn der Rede feſtſtellen und dem Mißtrauen der Rechte vorbeugen würden. Leon Say ſtimte mit der Offenheit, die ihn ehrt, zu.“

London, 2. Oktober. Wie ſich ergibt, ſind die Sammlungen zu dem Bau der am 29. v. M. hier eröffneten deutſchen Bonifacius-Kirche, welche aus Ziegeln gebaut und von ſehr mäßigem Umfange iſt, in Deutschland begonnen worden; die Koſten wurden dadurch jedoch nur theilweiſe gedeckt, und bei der feindſeligen Geſinnung des Kardinals Manning gegen das deutſche Reich floſſen die Beiträge von hieſigen wohlhabenden Deutſchen zu einem Unternehmen, das unter ſeinen Auspizien ſtand, äußerſt ſpärlich. Kardinal Manning hat daher einen Theil der Koſten (nicht die ſämmtlichen, wie ein hieſiges Blatt behauptete) aus eigener Taſche beſtritten. — Aus Cardiff ſchreibt man, daß der reiche Marquis of Winton, deſſen Uebertritt zum Katholizismus vor einigen Jahren ſo großes Aufſehen erregte, ſeinen alten Familienſitz in dieſer Stadt mit einem großen Park und Grundſtücken, im Ganzen mehrere Hundert Morgen Landes, an Monſignor Capel zu kirchlichen Zwecken verpachtet habe. Wahrſcheinlich wird der Sitz der hieſigen höheren katholiſchen Lehranſtalt dahin verlegt werden. Der Pachtschilling iſt vermuthlich nur nominell. — Donnerstag den 5. Oktober wird in dem großen Kathausſale zu Glasgow, in welchem über 4000 Perſonen Platz haben, im Anſchluß an die vorjährigen Sympathie-Meetings für die deutſche Kirchenpolitik, eine Demonſtration gegen den „Vatikanismus“, den Feind jeder nationalen Freiheit, ſtattfinden. Die Verſammlung, deren Leitung der Graf von Galloway übernommen hat, wird ſehr zahlreich beſucht werden. Viele der angeſehenſten Edelleute und Parlaments-Mitglieder haben bereits ihr Erſcheinen zugeſagt. Gladſtone, der gleichfalls eingeladen war, hat ſeine vollſtändige Uebereinkunft mit der beabſichtigten Demonſtration ausgedrückt, jedoch wegen Familien-traverſen, und da er vorläufig von jeder öffentlichen Verſammlung ſich fernhalte, bedauert an dem Meeting nicht theilnehmen zu können. Vier Reſolutionen werden beantragt werden, deren Begründung die Parlamentsmitglieder Sir Thomas Chambers und George Anderson, der Baronet Sir Henry Moncrieff und der in Berlin weilende amerikaniſche Gelehrte Dr. Joſeph P. Thompson, welcher als Vertheidiger der deutſchen Kirchenpolitik bereits in den vorjährigen Sympathie-Meetings zu London und Glasgow ſo vielen Beifall fand, auf Einladung des Komite's übernommen haben. Die Reſolutionen erklären: daß das Papſtum, indem es die höchſte Jurisdiktion in geiſtlichen und weltlich-politiſchen Dingen beansprucht habe, die Grenzen des religiöſen Gebietes überſchritten; daß der Vatikanismus, welcher alle Sittlichkeit, Ordnung und Wohlſtand gefährde, ſei jedem Staat ſchädlich; ſein Auftreten unter den freien Völkern Großbritanniens und Deutschlands, welches anſpruchslos als je ſei, lege dem ſchottiſchen Volke, welches einſt ſo fürchtbar unter dem Joche der römischen Gewaltherrschaft geſtanden, die Pflicht energiſcher Abwehr auf. Dr. Thompson wird nachweiſen, daß das Papſtum, wie es ſich in den vatikaniſchen Dekreten darſtellt, die vollſtändige aller beſtehenden Arten der Tyrannei ſei, indem es in die Hände eines einzigen Mannes, der Niemandem Verantwortlichkeit ſchuldet, das Gewiſſen der Menſchheit, die Regierung der Völker und die höchſte Entſcheidung geiſtlicher Angelegenheiten und weltlicher Interſſen zu legen trachte. Dr. Thompson beabſichtigt ferner zu zeigen, daß freie Nationen, wie England und die Vereinigten Staaten, dieſem Feinde der modernen Zivilization wirksam begegnen und ihn beſiegen können ohne die Freiheit irgendwie zu beeinträchtigen. — Die neuen Weiſungen der Admiralität bezüglich des Verfahrens mit flüchtigen Sklaven, welche an Bord engliſcher Kriegsfahrzeuge Schutz ſuchen, haben, wie man vernimmt, die längſte Zeit Geltung gehabt und ſollen demnächst in paſſender Weiſe abgeändert werden. Die Regierung iſt widerſtrebend zu der Anſicht gekommen, daß die öffentliche Meinung nur durch offenes Eingeständniß des gemachten Fehlers zu beſchwichtigen ſei. Es iſt bezeichnend, daß heute ſchon der konſervative „Standard“ eingesteht, es ſei mit den mehrerwähnten Verordnungen ein arger Schnitzer begangen worden.

Türkei. Ueber die Haltung Serbiens gegenüber den türkiſchen Wirren ſchreibt der „Ungariſche Lloyd“:

Im Süden ſingt es an, ſich zu klären. Zuniſt dürfte der zudringliche der unruhen Intentionen ſchlüſſigen, das kleine Fürſtentum Serbien, von dem Schauplatz auch formell abtreten, auf dem es ſich hiſt eigentlich auch nur in ſeiner eigenen Einbildung befunden hat. Die Herren haben die pomphaften Reden und Noten geſchrieben und laſſen Eingaben höchſt nichtern materiellen Inhalts ab. Sie ſchrieben nicht mehr Waffen von Stahl gegen den Erbfeind, ſondern Waffen der Rechtsverehrung gegen ihre fremden Gläubiger. Sie ſtanden nicht auf Krieg, ſondern auf Moratorien. Das Ende dieſer politiſchen Komödie iſt kläglich, wie die ganze Politik Serbiens während der letzten Jahre. Schwäche und Beſchränkung, ein auf das Kleinliche gerichtetes Sinn, der ſich durch hochtönende Phraſen den Schein des Großtöndens zu geben ſucht, charakteriſirt dieſe Politik. Dieſe ſo genannten Staatsmänner verlangen, daß man mit Serbien nicht wie mit einem Vaſallenſtaat von ungeſähr einer Million, ſondern wie mit einer jeder Großmacht ebenbürtigen Macht verkehre; fallen Deſterreich, Ungarn, Frankreich, Deutſchland, Rußland, England, kurz aller Welt unaufföhrlich mit ihren Schriftſtücken läſtig, die ſie Noten nennen und die in einem Ton gehalten ſind, als handle es ſich um die Abtretung von Elſaß und Lothringen, und ſchließlich ſtellt es ſich heraus, daß ſie irgend ein elendes Neſt, Zwornit oder wie das Ding ſonſt heißt, herausſchädeln wollen. Sie gebenden ſich, als wären ſie gar nicht zu halten, wenn man ihnen nicht ſtrikte ihren Willen thäte, und als bedeutete ihr Loſbrechen keine geringere Gefahr für den Frieden Europas, wie wenn etwa die Franzoſen ſich von ihren Nebandgedanken hinreißen ließen, auf Neue einen Spaziergang nach Berlin zu verſuchen, und wenn drei türkiſche Regimenter ihren Grenzen naben, ſo klappen ſie mit den Zähnen und erheben einen großen Lärm um ſich Muth zu machen. Man hat Serbien bisher im Auslande zu günſtig

beurtheilt. Bei uns hat man oft zu Gunſten der Bewohner des Fürſtentums den Serben in Ungarn Unrecht gethan. Die Wahrheit iſt, daß die Serben jenseits der Save den Serben dieſſeits der Save moralisch und geistig weit nachſtehen."

Bezüglich der Verlegung des Sitzes der ſerbiſchen Skupſchтина, wird der „Schl. B.“ wie folgt berichtet:

„Aus Belgrad langt auf privatem Wege bereits eine Erklärung für die angeordnete Ueberſiedelung der Skupſchтина ein, und dieſe Erklärung muß ebenſo intereſſant als charakteriſtiſch genannt werden. Herr Jovan Ristić hat nämlich in der letzten Zeit die unwiderſtlichſten Beweise dafür erhalten, daß der Fürst ihm nicht traue. Um ſich zu vertheidigen, ließ er von ſeinen Anhängern in der Skupſchтина ein für den Fürsten höchſt verlegendes Verlangen ausſprechen, welches darin beſtand, der Fürst ſolle nach Kragujevac zur Skupſchтина überſiedeln. Es hätte das einer Bittation des Fürsten vor die „Volksverordneten“ ſo ziemlich gleich geſehen, außerdem aber wäre die Hauptſtadt vollſommen den Konſpirationen der Omladina Preis gegeben geweſen. Der Fürst antwortete, wie man weiß, mit der Anordnung, daß die Skupſchтина nach Belgrad komme. Uebrigens iſt die allgemeine Lage des Landes ſehr kritiſch und alle Nachrichten ſtimmen darin überein, daß bald eine Wendung eintreten müſſe, die man jedoch heute noch nicht näher zu präſigiren vermag.“

Der poſener Provinzial-Landtag

iſt folgendermaßen zuſammengeſetzt:

Landtags-Marſchall:

Freiherr v. Unruhe — Vorſitz, königl. Landrath und Rittergutsbeſitzer auf Vornitz zu Wollſtein. — Stellvertreter: Stanislaus v. Kurnatowski, Rittergutsbeſitzer auf Pezarnow.

I. Stand der Ritterschaft. A. Inhaber von Viriſtimmen: Fürst Sulkowski, Graf Carl Eduard Malec — Raczynski. — B. Abgeordnete: Hr. Adelman Hieronymus v. Babocki, Rittergutsbeſitzer im Kreiſe Adelnau und Stadtrichterſtuhl zu Breslau. — Hr. Birnbaum Hugo von Endeſort, Oberſt a. D. und Rittergutsbeſitzer auf Neuhaus (als Stellvertreter). — Hr. Vorſitz-Meſeritz Wilhelm Freiherr von Unruhe-Vornitz, königl. Landrath vomſter Kreiſes und Rittergutsbeſitzer auf Vornitz, zu Wollſtein (Landtagsmarſchall). — Hr. Graf Obernisk Hippolyt von Turno, Rittergutsbeſitzer auf Objezierze, Kreis Obornik. — Hr. Fraustadt Leopold v. Heidebrand u. v. Laſa, Major und Rittergutsbeſitzer auf Ober-Kobersdorf. — Hr. Koſten Graf Franz Kwieciński, Rittergutsbeſitzer auf Kobelnik (als Stellvertreter). — Hr. Kröben Sigismund Graf Giarnecki, Rittergutsbeſitzer auf Gogolewo. — Hr. Krotoschin Stanislaus v. Modlibowski, Rittergutsbeſitzer auf Kromolice. — Hr. Pleſchen Julian v. Taczanowski, Rittergutsbeſitzer auf Kucyſom. — Hr. Poſen Louis Hoffmeyer, Rittergutsbeſitzer auf Plotnik. — Hr. Samter Stanislaus v. Kurnatowski, Rittergutsbeſitzer auf Pezarnow (Stellvertreter des Marſchalls). — Hr. Schildberg Bronislaus v. Grabowski, Rittergutsbeſitzer auf Tetzarnow. — Hr. Schrimm Stanislaus v. Szkapowski, Rittergutsbeſitzer auf Szolbry. — Hr. Schroda Wladimir v. Wolniemi, Rittergutsbeſitzer auf Dembiy (als Stellvertreter). — Hr. Breſchen Valerian v. Gulewicz, Rittergutsbeſitzer auf Modziejewice (Stellvertreter). — Hr. Bromberg Mogilno — Hr. Czarnikau-Chodzieſen Lebrecht v. Ritzing, Rittergutsbeſitzer auf Czarnikau, Kreis Chodzieſen. — Hr. Gneſen Deſiderius v. Koznowski, Rittergutsbeſitzer auf Arcugowo. — Hr. Inowraciam Eduard Nehring, Rittergutsbeſitzer auf Gr. Kruscha (als Stellvertreter). — Hr. Schubin Eduard Wegner, Brem. Rent. a. D. und Rittergutsbeſitzer auf Plotowo. — Hr. Wiſſig Guſtav v. Grebenitz, Major a. D. und Rittergutsbeſitzer auf Dembowo Gr. Eſingen. — Hr. Wogromow Wladislaus Dr. Szuldrnyński, Landſchaftsrath und Rittergutsbeſitzer auf Siernik.

II. Stand der Stadtgemeinden. A. Städte mit Viriſtimmen: Poſen: Eduard Rab, Kaufmann und Stadtrath, Guſtav Reimann, Apotheker und Medizinalaſſeſſor. — Fraustadt: Auguſt Clemen, Kaufmann und Rathſherr. — Liſſa: Auguſt Katiſe, Goldarbeiter und Rathſherr (als Stellvertreter). — Meſeritz: Friedrich Wilhelm Scholz, Bürgermeiſter. — Raciwiz: Karl Baum, Kaufmann und Stadtrath. — Bromberg: Ludwig Buchholz, Kaufmann und Stadtrath. — Gneſen: Franz Machatius, Bürgermeiſter. — B. Zu Kollektiv-Stimmen vereinigte Städte: Obornik, Samter, Put, Poſen: Adolf Lubowicki, Vorwerkbeſitzer in Samter, (als Stellvertreter). — Pleſchen: Schrimm, Breſchen, Schroda: Nicolaus v. Gogolewski, Vorwerkbeſitzer in Schroda. — Krotoschin, Adelnau, Schildberg: Mor. Suſſis, Apotheker in Krotoschin. — Fraustadt, Koſten, Kröben: Joh. Auguſt Starke, Rentier in Dejanowo. — Birnbaum, Vornitz, Meſeritz: Friedrich Brunsche, Bürgermeiſter in Wollſtein. — Bromberg: Schubin, Wiſſig: Julius Ritter, Gutsbeſitzer in Ratel, (als Stellvertreter). — Czarnikau, Chodzieſen, Wogromow: Theodor Alberti, Bürgermeiſter in Wogromow. — Gneſen, Inowraciam, Mogilno: Otto Pielert, Poſthalter in Strzelno.

III. Stand der Landgemeinden: Adelnau, Krotoschin, Schildberg: Franz Modlibowski, Wäſchenbeſitzer in Nieſob Wäſche, Kreis Schildberg. — Birnbaum, Vornitz, Meſeritz: Chriſtian Jael, Eigenthümer und Schulze in Tarnowo, Kreis Vornitz. — Fraustadt, Koſten, Kröben: Anton Kojewski, Grundbeſitzer und Gahwirth in Kiejewo, Kr. Koſten. — Put, Obornik, Poſen, Samter: Theodor Jordan, Vorwerkbeſitzer in Chomeſice, Kreis Poſen. — Schrimm, Schroda, Pleſchen, Breſchen: Joſeph v. Swinarski, Gutsbeſitzer in Skape, Kreis Breſchen. — Bromberg, Schubin, Wiſſig: Wäſchen Karow, Grundbeſitzer in Nowa Erecia, Kreis Bromberg. — Czarnikau, Chodzieſen, Wogromow: Peter Hoffmann, Gutsbeſitzer in Nieſkoſen, Kreis Czarnikau. — Gneſen, Inowraciam, Mogilno: Jacob Wied, Grundbeſitzer in Al. Pielert, Kreis Inowraciam, (als Stellvertreter).

Da Fürst Sulkowski und Graf Raczynski auf dem Landtage nicht erſchienen ſind, die Kreiſe Bromberg-Mogilno in der Ritterschaft biſ jetzt noch nicht vertreten ſind, ſo iſt demnach der Provinziallandtag zuſammengeſetzt aus 21 Abgeordneten der Ritterschaft, 16 Vertretern der Städte, 8 Vertretern der Landgemeinden, im Ganzen 45 Abgeordneten. 25 derſelben gehören der deutſchen, 20 der polniſchen Nationalität an; 21 ſind Adlige, 26 Bürgerliche.

Lokales und Provinzielles.

Poſen, 5. Oktober.

— e — Im Jahre 1874 wurden in der Provinz Poſen von den Auseinanderſetzungen-Beſörden an Regulirungen und Abſtütungen 924 Dienſt- und Abgabenpflichtige abgeſt. Bei denſelben wurden an Dienſten aufgegeben: 3 Pandienſtage; Entſchädigungen wurden ſeſtgeſtellt: an Kapital: 632,651 Thlr., an Land: 12,532 Hektaren. Separirt reſp. von allen Holz-, Streu- und Hütungs-Servituten wurden 243 Beſitzer mit 1757,754 Hektaren Fläche. Vermessen wurden bis Ende 1874: 1796,473 Hekt. Zuſammenlegungsſachen wurden im preußiſchen Staate und zwar durch die General-Kommiſſionen zu Frankfurt a. O., Stargard, Breslau, Merſeburg, Raſſel und Münſter, ſowie durch die Regierungen zu Gumbinnen, Königsberg und Wiſſen, haben ausgeführt in einer Größe des Auseinanderlegungs-Areals von 4084,8496 Hektaren und zwar: 29799,2885 Ackerland, 3685,0041 Wiesen, 436,7466 Gärten, 4280,9638 Hütung, 388,7616 Unland und 2262,1356 gemeinſchaftliche Anlagen. Die Zahl der alten Grundſtücke, welche zur Auseinanderlegung gekommen ſind, betrug 183987, die Zahl der neuen Pläne 55792, davon 1354 ſolche, welche nur zur Erweiterung der Dorfſtelle u. dergleichen ſind. Die Anzahl der Intereſſenten nach der Größe ihres Beſitzthums beträgt, und zwar: 21805 mit

Paris, 4. Oktober, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schluß-
bericht.) Weizen behauptet, pr. Oktober 27, 00, pr. November-Dezember
27, 75, pr. November-Februar 28, 25, pr. Januar-April 29, 75.
Wehl behauptet, pr. Oktober 61, 75, pr. November-Dezember 61, 75,
pr. November-Februar 62, 00, pr. Januar-April 63, 00. Rüböl
behauptet, pr. Oktober 88, 25, pr. Dezember 87, 00, pr. Januar-April
85, 50, pr. Mai-August 84, 50. Spiritus ruhig, pr. Oktober 46, 00,
pr. Januar-April 46, 00.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

